

Rund 35.000 studentisch Beschäftigte sind in NRW ohne Tarifvertrag: TV Stud JETZT!

Die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen zeigen, dass wir eine starke Wissenschaft brauchen, doch neun von zehn wissenschaftlich Beschäftigten sind befristet beschäftigt, 42 Prozent der Arbeitsverträge davon auf weniger als ein Jahr. So hangeln sich die Beschäftigten von Vertrag zu Vertrag ohne ernsthafte berufliche Perspektive und persönlicher und sozialer Sicherheit. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind rund 7,4 Prozent der Beschäftigten befristet. In der Wissenschaft sind es fast 70 Prozent, viele von ihnen erfüllen sogenannte Daueraufgaben, die eine Befristung weder erklären noch rechtfertigen.

Am 26. Oktober 2023 begann die Tarifrunde der Länder, dieses Mal soll es auch um die studentischen Beschäftigten an den Hochschulen gehen, denn bisher gibt es für sie keinen Tarifvertrag. Diese Tariflücke bedeutet prekäre Arbeitsbedingungen: geringe Löhne, Befristungen, fehlender Urlaubsanspruch oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keine demokratische Teilhabe, teilweise gelten sie nicht einmal als Personal, sondern laufen unter „Sachmittel“. Dieser Umstand wurde in der 2023 veröffentlichten Studie „JUNG, AKADEMISCH, PREKÄR.“¹ nachgewiesen und die Lage ist damit eindeutig. Ebenso eindeutig: Es trifft vor allem diejenigen, die ohnehin benachteiligt sind!

Die Landesregierung NRW und die Hochschulen in NRW blockieren im Arbeitgeberverband die Gespräche, allen voran Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU).

77,8 Prozent der studentisch Beschäftigten gelten als armutsgefährdet. Alle sprechen von Fachkräftemangel, aber verbannen den Nachwuchs in die Prekarität und lassen zu, dass studentisch Beschäftigte nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Im besten Fall verlängert sich nur das Studium, im schlimmsten Fall sind sie am Ende des Studiums überschuldet oder beenden das Studium ohne Abschluss.

Die derzeit vorherrschende Situation unterläuft arbeitsrechtliche Bestimmungen und Gesetze, sie fördert Abhängigkeitsverhältnisse und Machtmissbrauch.

Es ist ein Skandal, Menschen in prekären Arbeitsbedingungen arbeiten zu lassen.

Deswegen fordert DIE LINKE. NRW:

- (1) Existenzsichernde Löhne und jährliche Lohnerhöhungen!
- (2) Planbarkeit durch Mindestvertragslaufzeiten, also das Ende von Kettenbefristungen!
- (3) Die Einhaltung von Mindeststandards, wie Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall!
- (4) Demokratische Teilhabe in Personalräten auch für studentisch Beschäftigte

DIE LINKE. NRW unterstützt den Kampf für einen Tarifvertrag und fordert die Landesregierung NRW, allen voran Dr. Marcus Optendrenk auf, ihre Versprechen einzuhalten.

¹ <https://gesundheit-soziales-bildung.verdi.de/themen/studium/++co++6c604298-b75c-11ed-95d8-001a4a160100>